

# Brief aus Berlin



## Das chaotische Krisenmanagement der Ampel geht weiter

Die Regierung eines Landes zeichnet sich auch durch die Art aus, in der sie mit Krisen umgeht. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass sie mit den steigenden Herausforderungen vollkommen überfordert ist. An die Bürgerinnen und Bürger werden aus den Reihen der Koalitionsparteien absurdeste Forderungen gestellt: man solle kalt duschen und über den Winter die Produktion der Betriebe einstellen. Währenddessen wird in den eigenen Reihen um Gasumlagen, Kernkraftwerke und Steuermaßnahmen gestritten. Zu lösungsorientierten Entscheidungen kommt es dann aber nicht.

Die Krise hat sich mittlerweile so zugespitzt, dass man von ideologischem Wunsdenken absehen sollte. Wirtschaftsminister Habeck hält nach wochenlangen Diskussionen nun doch den Streckbetrieb der letzten AKWs bis April 2023 für sinnvoll, möchte sich aber nicht auf längere Zeiträume festlegen. Außerdem wurde eine Gasumlage diskutiert, die in Kombination mit einer Verstaatlichung des Konzerns Uniper eine Doppelbelastung für die Steuerzahler bedeutet hätte. Es gibt ein ganzes Chaos-Portfolio an Ideen, darunter auch das dritte Entlastungspaket, welches den aktuellen Anforderungen in keiner Weise gerecht wird. Auch das große Versprechen der Schuldenbremse hat sich bei genauerem Hinsehen als Illusion herausgestellt. Der Koalition fehlt es in vielen Dingen an Weitsicht, dabei wünschen sich die Menschen in unserem Land Planungssicherheit. Wir haben die Probleme ganz konkret angesprochen: das Energieangebot muss erweitert werden und auch die Preise müssen neu gestaltet werden, insbesondere durch eine Reformierung des Merit-Order-Systems. Es wäre daher zu begrüßen, wenn sich die Bundesregierung mit den Vorschlägen der CDU/CSU-Fraktion beschäftigen würde.

## Diese Woche:

Seite 2/3

Themen im Bundestag



Seite 4

Rainer trifft...





# Themen im Bundestag: Energieversorgung

## Die Mogelpackung Entlastungspaket



© Foto: picture alliance / CHROMORANGE | Michael Bihlmayer

Anfang September hat die Regierung ein drittes Entlastungspaket beschlossen, welches der Energiepreissteigerung gegensteuern sollte. Dieses Paket wurde zurecht scharf kritisiert. Zu Beginn wurden in den Entlastungsmaßnahmen nicht einmal Studierende oder Rentner und Rentnerinnen beachtet. Glücklicherweise wurden diese dann auf Druck der Union doch noch eingeschlossen. Leider kann man dasselbe nicht über den Mittelstand sagen, der auch weiterhin nicht wirklich entlastet wird. Ausgaben in Höhe von 65 Milliarden Euro sind nicht viel wert, wenn sie nicht zielgenau eingesetzt werden. Es war eine viel zu lange Hängepartie zu den Kernkraftwerken, der Reduzierung des Gaspreises noch der Gasumlage.

**Meinen Redebeitrag zur Inflationsbekämpfung können Sie sich HIER ansehen.**

## Energieversorgungssicherheit ernst nehmen



© Foto: dpa

Das wir uns inmitten einer Energiekrise befinden ist allgegenwärtig. Und das in einer solchen Krise insbesondere auch darauf geachtet werden muss, dass die Angebotsseite erweitert wird, kann ich nicht oft genug betonen. Dennoch hat die Bundesregierung immer noch keine endgültige Entscheidung zum weiteren Verfahren mit den drei in Frage kommenden Atomkraftwerken getroffen. Zwei davon sollten zunächst nur für einen Streckbetrieb bereitgehalten werden, das dritte ganz abgeschaltet. Später wurde deutlich, dass dies alleine schon aus technischen Gründen nicht in der Form möglich wäre. Daher hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes vorgelegt. In diesem Gesetz soll die Berechtigung zum Leistungsbetrieb der drei Kernkraftwerke mindestens bis zum 31. Dezember 2024 ausgeweitet werden. Durch das erhöhte Stromangebot würde die Energieversorgung stabil gesichert werden. Das wiederum würde auch zu einer Reduktion des Strompreises führen.

## Die gescheiterte Gasumlage und die Reduzierung der Umsatzsteuer auf Gas

Wir als Unionsfraktion waren von Anfang an gegen die Einführung der Gasumlage. Vor allem mit der geplanten Verstaatlichung des Gasversorgers Uniper wäre zurecht der Eindruck entstanden, mit der Umlage eine neue Steuer durch die Hintertür einzuführen. Die Last an den Endverbraucher abzuschieben, habe ich auch in meiner Rede im Plenum scharf kritisiert. Ich freue mich nun, dass die Ampelkoalition dem Rat der Union gefolgt ist, diese nicht einzuführen. Am 28.09.22 beschloss der Finanzausschuss mit Mehrheit der Koalition, die Umsatzsteuer auf die Lieferung von Gas zeitlich befristet von derzeit 19 Prozent auf sieben Prozent abzusenken. Außerdem werden Zahlungen der Arbeitgeber zum Ausgleich der hohen Inflation (Inflationsausgleichsprämie) bis zu einer Höhe von 3.000 Euro von der Steuer- und Sozialabgabepflicht befreit. Am 30.09.22 wurde das Vorhaben im Plenum beraten — **meine Rede dazu können Sie HIER ansehen.**



© Foto: picture alliance / SvenSimon | Malte Ossowski/SVEN SIMON



# Themen im Bundestag: Haushaltswoche

Meine Rede zur Schlussrunde des Haushaltsgesetzes 2023 können Sie [HIER](#) ansehen.

## Stabilisierung der Krankenkassen zu Lasten der Bevölkerung (Abschaffung der Neupatientenregelung)



Der Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat vor einigen Tagen ein Gesetz zur Stabilisierung der Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt. Das Gesetz soll insbesondere durch Sparmaßnahmen darauf abzielen, die Gesetzliche Krankenversicherung wirtschaftlich zu stärken. Nach Einschätzung vieler Experten sind die dafür angesetzten zusätzlichen 2 Milliarden Euro vom Bund zu wenig. Außerdem soll die Neupatientenregelung gestrichen werden. Diese wurde von der unionsgeführten Regierung in der letzten Wahlperiode erfolgreich eingeführt, um mehr Terminmöglichkeiten für Patientinnen und Patienten zu schaffen. Wir werden weiterhin Druck auf die Regierung ausüben, damit diese Regelung bestehen bleiben kann. Auch aus der Ärzteschaft und von den Bürgern zeigen sich die überwiegende Fürsprache für die Neupatientenregelung.

## Ampel plant Förderung der Sprach - Kitas zu beenden



Jede sechste Kindertageseinrichtung ist mittlerweile eine „Sprach-Kita“. Das zeigt die Dimension dieses bundesweiten Förderprogramms, das 2011 ins Leben gerufen wurde. Insbesondere auch zum Überwinden pandemiebedingter Lernrückstände war die Förderung bisher ein wichtiges Mittel. Neben personellen Ressourcen wurden damit auch Sachkosten finanziert, die im Zusammenspiel erheblich zur sprachlichen Förderung von Kindern beitragen konnten. Jahrelang haben sich dafür Fachkräfte und Fachberater mit viel Leidenschaft eingesetzt. Nachdem die Ampel das Programm ersatzlos streichen möchte, haben wir als CDU/CSU-Fraktion beantragt, die Sprach-Kitas zu retten. Dazu wurde dann auch von unserer Fraktion im Bundestag ein Kita-Gipfel organisiert, auf dem wir uns mit Expertinnen und Experten sowie Fachkräften austauschen konnten. Der Verlust dieses Programms könnte eine enorme negative Auswirkung auf die kindliche Betreuungslage in unserem Land haben.

## Entlastungen für kleine und mittlere Brauereien bleiben bestehen

Nachdem insbesondere kleine und mittlere Brauereien in hohem Maße unter den Einschränkungen der Corona-Pandemie gelitten haben, waren steuerliche Entlastungen ein gutes Mittel um das Braugewerbe zu unterstützen. Daher wäre es nicht vertretbar gewesen diese Maßnahme zum Ende des Jahres auslaufen zu lassen, wie es die Bundesregierung zunächst vorhatte. Letztendlich konnte die CDU/CSU-Fraktion erreichen, dass die Steuerentlastungen beibehalten werden. Neben den Auswirkungen der Pandemie werden dadurch auch aktiv den Folgen der steigenden Energie- und Produktionskosten entgegengewirkt. Mehrere hundert Brauereien sind alleine in Bayern davon betroffen und wären durch die Mehrbelastung schwer getroffen. Es ist eine gute Nachricht, dass wir die Bundesregierung hier noch umstimmen konnten.





# Rainer trifft...

## ... Corinna Steger zum Schülerpraktikum in meinem Büro

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause begleitete mich Corinna Steger bei meiner Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie lernte während ihres Praktikums den Ablauf einer Haushaltswoche kennen, erledigte Aufgaben von meinen Mitarbeitern im Büro und konnte bei der Beantwortung von Bürgeranfragen, Social-Media-Beiträgen und der Vorbereitung der Rede mitwirken. Weiter nahm Sie an der Sitzung des Finanzausschusses und den Plenardebatten teil. Ich wünsche ihr weiterhin viel Erfolg im neuen Schuljahr.



## ... die Abschlussklasse der Ursulinen Realschule Straubing

Auf ihrer Berlinreise besuchte die Abschlussklasse der Ursulinen Realschule Straubing den Bundestag, wo sie unter anderem auch die Reichstagskuppel besichtigt haben. Im Gespräch konnte ich ihnen von dem parlamentarischen Tagesgeschäft erzählen. Über dieses Treffen und den Austausch habe ich mich sehr gefreut.



## ... Vertreter der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein

Am 19.09.22 waren Vertreter der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein zu Besuch im Deutschen Bundestag.

Thema war unter anderem die aktuelle geopolitische Entwicklung und ihre Auswirkung auf die Finanzstabilität. Vielen Dank für den wertvollen Austausch!



## ... Vertreter des Zahlungsdienstleisters eClear AG

Im europäischen Mehrwertsteuersystem gibt es viele nationale und regionale Besonderheiten. Das Unternehmen eClear hat sich auf die Entwicklung digitaler Plattformen für Zoll und Umsatzsteuer spezialisiert, um die Verrechnung des Zahlungsverkehrs zu vereinfachen. Darüber habe ich mich mit Gründer und CEO Roman Koidl ausgetauscht. Vielen Dank für das interessante Gespräch!



## Für Sie erreichbar...

in Berlin:  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 77420  
E-Mail: [alois.rainer@bundestag.de](mailto:alois.rainer@bundestag.de)

im Wahlkreis:  
Schulstraße 1  
94353 Haibach  
Telefon: 09963 / 943 9494  
E-Mail: [alois.rainer.wk@bundestag.de](mailto:alois.rainer.wk@bundestag.de)

